Für eine nachhaltige Finanzpolitik

Alles hat einen Preis – auch falsche Versprechungen.

Ob und inwieweit es für die Stadt finanziell eng wird, das wird sich zeigen. Generell ist die Stadt finanziell gut aufgestellt. Wir halten gar nichts davon, jetzt in Panik zu verfallen, weil Audi Arbeitsplätze abbaut. Die Ertragslage des VW-Konzerns ist nach wie vor gut, so dass wir auch in Zukunft mit ausreichenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer rechnen können. Aber ganz unabhängig davon treten wir Freien Wähler schon immer für eine nachhaltige Finanzpolitik ein. Im Einzelnen heißt das, Folgekosten im Blick zu haben, keine überzogenen Wohltaten zu verteilen, neue Schulden immer nur als letzte Möglichkeit in Betracht zu ziehen und sich einzuschränken, wenn der finanzielle Spielraum kleiner wird.

Auch wenn wir keinen Anlass für panische Reaktionen sehen, bedeutet das nicht, dass wir nichts tun müssen. Wir müssen den Standort Ingolstadt breiter aufstellen, durch Förderung des Mittelstands und des Dienstleistungsbereichs, durch Unterstützung von Wissenschaft und Forschung. Dabei sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen.

Schulden der öffentlichen Hand, also in diesem Fall der Stadt Ingolstadt, sind nicht gleich Schulden. Schulden für Pflichtaufgaben und Schulden für Investitionen in die Standortsicherung, also in die Zukunft, können notwendig sein, ebenso für langfristig strategisch sinnvolle Maßnahmen. Das könnte zum Beispiel der Rückkauf der Stadtwerke sein. Auch wenn sich durch vorübergehende Schulden eine Steigerung der Ertragskraft (Kostendeckung durch zukünftige Erträge) erreichen lässt, kann es sinnvoll sein, Geld zu leihen, wenn es sich dabei um keinen Dauerzustand handelt. Auch zur Aufrechterhaltung der Basis-Infrastruktur sind unter Umständen neue Schulden erforderlich. Soweit sind wir aber zum Glück noch lange nicht.

Schulden zu machen für Prestige-Projekte, letztlich für „Konsum und Völlerei“, dagegen werden wir uns immer wenden. Der viel strapazierte Begriff Nachhaltigkeit hat nicht nur Umweltgesichtspunkte, sondern auch ökonomische Kriterien – gerade dann, wenn wir zukünftigen Generationen Lasten aufbürden und ihnen dadurch den zukünftigen Handlungsspielraum einschränken.

Neue Kredite aufzunehmen, kann niemals die erste Lösung sein, Vorrang haben immer die Suche nach Einsparmöglichkeiten, der Versuch, neue Einnahmen zu generieren, die Notwendigkeit zu hinterfragen und auch ggf. sich in Verzicht zu üben. Verantwortungsloser Umgang mit Steuergeldern, wie z.B. bedingungslose Zustimmung zu Bauprojekten, nur weil man es unbedingt haben will (Kammerspiele) oder politisch motivierte und in Aussicht gestellte Förderung der Freibiermentalität (kostenloser ÖPNV) weckt falsche Hoffnungen und schürt bei Nichterfüllung Enttäuschung.

Alles hat einen Preis – auch falsche Versprechungen.

Irgendwer muss die Rechnung bezahlen…

Hans Stachel

Stadtrat und OB-Kandidat